

Sehr geehrter Herr Baustadtrat Schmidt,

vielen Dank für Ihre sachliche Antwort auf meinen offenen Brief, die mir nun Gelegenheit gibt für eine letzte kurze Replik. Ich glaube, dass wir an vielen Stellen derselben Meinung sind. Ich sagte ja schon, dass Sie mit den Architekten im Grunde Mitstreiter haben. An zwei Stellen differieren wir aber wesentlich. Sie bedauern, dass das Grundstück am Postscheckamt ohne Auflagen privatisiert worden ist. Tatsächlich wurden jedoch alle Schritte gegangen, die bei einer Konzeptvergabe auch gegangen worden wären: Es gab einen Preiswettbewerb und es gab einen inhaltlichen Wettbewerb. Das wirtschaftliche und planerische Ergebnis war nicht das Ergebnis von irgendwelchen Mausecheln (selbst wenn die Verfahrenskosten vom Bauherrn getragen wurden), sondern das Ergebnis der intensiven Diskussion unter gewählten und nominierten Repräsentanten der Bevölkerung. Der Unterschied zur Konzeptvergabe war lediglich die Reihenfolge im Ablauf der Dinge. Und da würden Sie natürlich argumentieren, dass der Staat bis zur letzten Entscheidung die Macht in der Hand halten muss. Haben Sie denn auch die Möglichkeiten von kooperativen Verhaltensweisen ins Kalkül gezogen? Wenn der Staat aka Bezirksamt Kreuzberg nach dem Wettbewerb das B-Planverfahren („...ist nur ein Angebot, .. Sie können es auch ablehnen...“) zügig zu Ende geführt hätte, hätte es - so meine Vermutung - nicht solche Verwerfungen im inhaltlichen Konzept des Quartiers gegeben.

Der zweite Punkt ist jedoch grundsätzlicher: Wer ist denn der Staat und wo sind seine Grenzen? Sie bezeichnen sich als ein Repräsentant des Staates und das sagt (in einem etwas kleineren Kaliber) der Kollege Becher von den Architekten auch. In der Tat werden Architekten nach Honorarordnung bezahlt (wie Rechtsanwälte oder Ärzte), weil man davon ausgeht, dass sie nicht nur das Wohl ihrer unmittelbaren Arbeit- oder Auftraggeber sondern eben auch das der Allgemeinheit im Auge haben, zumal sie, wie z.B. bei dem og. Vergabeverfahren nicht nur als Dienstleister von Bauherren unterwegs sind. Es ist also im Prinzip so wie bei Ihnen: Auch Sie haben das Gemeinwohl zu vertreten und nicht nur Ihre Wähler. Kreuzberg hat 190.000 Bürger und Sie müssen sich darum bemühen, allen gerecht zu werden, selbst wenn Sie nur von 1.900 Followern ein (positives) feed-back bekommen.

Zurück zur Demokratie: Sie sehen sich als Repräsentant des Gemeinwohls, delegieren Ihre Verantwortung aber an die „Öffentlichkeit und Nachbarschaft“, wenn es darum geht, städtebauliche Entscheidungen zu treffen. Jeder, der jemals Abstimmungen mit der Nachbarschaft erlebt hat, weiß, dass die Teilnehmer bei solchen Abstimmungsterminen in der Regel vollkommen überfordert sind. Selbst Mitglieder von Baugruppen, die das allerhöchste Interesse haben, beim Entstehen ihres Bauprojektes mitzuentcheiden, verlassen sich gern auf das Urteil ihrer Architekten. Und das ist gut so, denn die Fachleute haben nicht nur einen Erfahrungs- und Wissensvorsprung sondern eben auch einen neutraleren Blick, den Sie in Ihrem Tweet („highlight“) ja bestreiten. Das Vertrauen, das Architekten geschenkt wird, müssen sie sich tag- täglich von Neuem verdienen. Und ganz so sollte es eigentlich auch in der Politik sein. Ich will als Bürger gar nicht an jeder Entscheidung Anteil haben, sondern möchte einen vertrauenswürdigen Politiker haben, der das Interesse Aller mit Augenmaß vertritt. Ich will nicht einen, der gegen „hochwertige und hochpreisige Stadtmodelle“ zu Felde zieht sondern einen, der Projekte auf die Beine stellt, in dem Alle Raum finden und der dazu beiträgt, dass alle erdenklichen Energien gebündelt und in die richtige Richtung gelenkt werden, einen, der ermöglicht, nicht verhindert!

Der moralische Kompass ist dabei wichtig, aber es ist nicht damit getan, ständig den Begriff „Gemeinwohl“ im Munde zu führen, denn eins ist sicher: Minderheitenschutz ist ein wichtiges Grundprinzip der Demokratie, aber darüber sollte man nicht die legitimen Interessen der Mehrheiten vernachlässigen. So sollten „Kurzzeitbewohner\*innen aus dem Mittelmanagement von Großkonzernen“ (an sich wahrscheinlich eher eine Minderheit) mindestens genauso viel am Gemeinwohl Anteil haben dürfen wie die Ureinwohner Kreuzberger Kieze. Berlin ist eine Metropole, Berlin lässt sich (dankenswerterweise) nicht in eine Formel pressen, Berlin ist offen für die Zukunft, offen gegenüber allen Menschen, selbst wenn sie unter dem Verdacht stehen, zur „globalen Managementklasse“ zu gehören.

Sie sollten sich als ihr Repräsentant der Offenheit dieser Stadt anpassen, und nicht vergessen (wie wir alle anderen auch), dass der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

mit freundlichen Grüßen

Matthias Sauerbruch